Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Ausgabe 3+4 | 11
5931

Evangelische Verantwortung

Das „C“ im Namen

Von Geistesgegenwart und Gewissensfreiheit eines Christenmenschen

Susanne Breit-Keßler
Regionalbischöfin der Ev.-Luth. Kirche in Bayern *Seite 3*

Wie sicher ist der Euro?

Dr. Ingo Friedrich
Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats *Seite 7*

9 *Muss der Staat blind für Bekenntnisse jedweder Art sein?*
13 *Evangelisches Leserforum*
14 *Aus unserer Arbeit*

Kinderlachen ist kein Grund zur Klage

Liebe Leserin, lieber Leser,

Kinderlärm darf kein Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen sein.

Kinder gehören wie die Älteren in die Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb hat die Bundesregierung jüngst den von **Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen MdB** vorgelegten Entwurf für ein Gesetz zur Privilegierung von Kinderlärm beschlossen. Damit wird das Bundesimmissionsschutzgesetz so geändert, dass Geräusche von Kindertageseinrichtungen und Kinderspielplätzen im Regelfall keine „schädlichen Umwelteinwirkungen“ mehr sind.

Kindergärten und Kitas gehören nach meiner festen Auffassung nicht in städtebauliche Randgebiete – ebenso wenig wie Alten- und Pflegeheime. Wenn die Gesetzesänderung beschlossen wird, ist Schluss damit, dass Kinderlärm wie Lärm von Industrieanlagen oder Straßenlärm behandelt werden darf.

Mit dieser Gesetzesänderung soll verhindert werden, dass Kindertageseinrichtungen und -spielstätten aus Wohngebieten verdrängt werden oder hinter hohen Lärmschutzwänden verschwinden, weil Anwohner sich vom Toben der Kinder belästigt fühlen. Kinderlärm darf kein Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen sein.

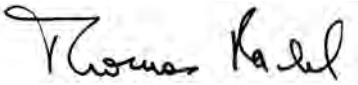
Im Gegenteil, die Geräuscheinwirkungen, die von Kitas und Spielplätzen ausgehen, stehen unter einem besonderen Toleranzgebot der Gesellschaft. Dass Kinder toben und schreien gehört zu ihrer kindlichen Entwicklung und Entfaltung und das ist grundsätzlich zumutbar. Die Änderung zugunsten junger Familien ist auch ein Zeichen dafür, dass Kinder zum Sinn des Lebens gehören, ein großer Reichtum sind und Freude bereiten.

Mit einer Änderung der Baunutzungsverordnung sollen Kindertageseinrichtungen in reinen Wohngebieten in der Größe, die der Gebietsversorgung angemessen ist, generell zugelassen werden. Für viele junge Familien wird der Weg zur nächsten Kita kürzer, die Entscheidung vor allem berufstätiger Paare für ein Kind leichter. Damit wird ein wichtiger Schritt hin zu einer familienfreundlichen Gesellschaft getan.

Insgesamt werden so die Rechte für die Kinder gestärkt. Kinder sind unsere Zukunft, sie gehören zu unserem Leben und in unsere Mitte. Kindergeräusche als Ausdruck einer lebendigen Gesellschaft müssen akzeptiert werden. Schließlich waren wir alle einmal Kinder, die gerne getobt, geschrien und gelacht haben.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine gesegnete Osterzeit.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr



Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

2 Editorial

3 Das „C“ im Namen

7 Wie sicher ist der Euro?

9 Muss der Staat blind für Bekenntnisse jedweder Art sein?

10 Einladung zur 48. EAK-Bundestagung

13 Evangelisches Leserforum

14 Aus unserer Arbeit

Das „C“ im Namen

Von Geistesgegenwart und Gewissensfreiheit eines Christenmenschen

Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler

Es ist 65 Jahre her, dass Dietrich Bonhoeffer im KZ Flossenbürg ermordet wurde. Er hat ein Christenleben propagiert, das Verantwortung für die Welt übernimmt. Eines, das auch individuell das „C“ in seinem Namen führt. „Beten und Tun des Gerechten“ im privaten Christsein und als Wahrnehmung der politischen Verantwortung gehören zusammen. Beides ist, wie Bonhoeffer sagt, die Aufgabe von Christenmenschen in der Welt. Mit ihrer Arbeit, an dem Platz, an den sie jeweils gestellt sind, bekennen sie ihren Glauben, denn „Flucht in die Unsichtbarkeit“ ist nach Bonhoeffer „Verleugnung des Rufes“.

Wir haben nicht den Auftrag, eine religiöse Organisation am Leben zu erhalten oder ein frommes Leben zu führen, sondern Zeugen Christi an die Welt zu sein. Priorität soll nach Bonhoeffer die Frage danach haben, wie wir mitten in der Welt Christus verkündigen können und was Menschen, kleine und große, für ihr Leben brauchen. „Mitten im Leben muss Gott erkannt werden“, mahnt Bonhoeffer, „im Leben und nicht erst im Sterben, in Gesundheit und Kraft und nicht erst im Leiden.“ Deshalb ist seine Theologie eine konkrete, eine, die den Menschen im Blick hat. Eine, die politisch ist.

In den Zeiten der Nazibarbarei haben sich Christenmenschen gefragt: Wie damit umgehen, dass der Staat in unsere Belange eingreift? In welcher Weise unterscheidet sich Kirche grundsätzlich vom Staat? Wem gebührt ihr Gehorsam? Aktuelle Fragen nach der Identität von Kirche. Kirche muss moderner werden, sagen die einen, damit sie den Heutigen gerecht wird. Andere fordern eine politischere Kirche, die sich einmischt in gesellschaftspolitische und globale Fragen. Bloß nicht, sagen andere. Nicht dem Zeitgeist hinterher hecheln, sondern die Tradition bewahren und vor allem aus der Politik heraushalten.

Dritte wollen einen moderaten Kurs der Anpassung an die Postmoderne fahren. Nicht auffallen, aber auch nicht untergehen in der Gegenwart. Die Barmer Theologische Erklärung von 1934, die in unserem Gesangbuch steht, ist eindeutig: Christenmenschen können nur auf Christus vertrauen und ihm allein gehorchen. Er ist Gottes Zuspruch der Vergebung, sein Anspruch auf unser ganzes Leben. Wer anderen Herren dient, verfällt der Irrlehre. Wir gehen auch als Politiker und Politikerinnen in die Irre, wenn wir uns nach Belieben oder jeweils herrschender

Spendenstand

Seit dem 4. Januar 2011 haben insgesamt 52 Spender 3.060,00 EUR für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

weltanschaulicher oder politischer Mentalität verhalten.

Der Staat hat die Aufgabe, für Recht und Frieden zu sorgen. Ein Staat, der zur totalen Ordnung werden will, verstößt ebenso gegen seinen Auftrag wie eine Kirche, die staatliche Würde beansprucht oder sich instrumentalisieren lässt. Wir sind nicht anders als unsere Vorfahren immer wieder in der Gefahr, uns vorschnell anzupassen, unsere eigene, momentane Meinung absolut zu setzen oder umlaufende Überzeugungen unkritisch zu übernehmen. Wir tun gut daran, uns selbst nach unserem Verhalten heute zu fragen. Unsere berechtigte und notwendige Anerkennung des Rechtsstaates hat in der Gottesfurcht ihren Grund und ihre Grenze.

Ein Staat, der zur totalen Ordnung werden will, verstößt ebenso gegen seinen Auftrag wie eine Kirche, die staatliche Würde beansprucht.

Unser Staat hat um der Menschen willen für Recht und Frieden zu sorgen – Kirche strebt selber keine politische Machtausübung an, sondern erinnert den Staat an seine Aufgaben und Grenzen und ist sich der eigenen bewusst. Sie weist Regierende und Regierte auf ihre Verantwortung hin. Aber jede Erinnerung, jeder Hinweis bedarf der sorgsamen theologischen Erkenntnis und Begründung. Wir befinden uns gegenwärtig in einer bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Geist nicht der Wahrheit, nicht des Seins, sondern der des Habens hat uns da hinein geführt.

Schnelle Renditen, der Wunsch nach Mehr, unabschätzbare und oft unverstandene Risiken sind sein Wesen – ebenso wie die kalte Feststellung, dass es eben Verlierer und Gewinner auf dem Markt geben müsse. Auf Gottes Wort hören und ihm vertrauen und gehorchen: Von hier aus gewinnen wir Maßstäbe für Gerechtigkeit. Wir brauchen ein soziales, wirtschaftliches Verhalten, das Orientierung an der Menschenwürde, nicht den Pragmatismus des bloß eigenen Interesses an erste Stelle setzt. Gott selbst hat darauf verzichtet, sich in einem himmlischen Jenseits ungestört zu aalen.

Er ist Mensch geworden, hat sich Missverständnissen und Angriffen ausgesetzt. „Gehet hin in alle Welt“ heißt es im Taufbefehl Jesu (Mt 28,19). Das ist eine eindeutige Aufforderung, sich hinein zu begeben mitten in die Welt und Profil zu zeigen. Dieses Profil kann nur gewonnen werden im persönlichen und gemeinsamen Hören und Bedenken des Wortes Gottes. Das ist geistvolle Selbstbescheidung, die nicht politische Schwäche, sondern christliche Stärke zeigt – denn es geht nicht um unsere Meinung, um das, was wir gerne durchsetzen.

Es geht um das Ringen und Suchen nach der Wahrheit, die von Gott kommt. Wo sind wir heute gefordert? Dort, wo ein oberflächliches Menschenbild propagiert wird. So sehr, dass Kleine und Große, die ihm nicht entsprechen, nicht mehr ihrer Würde gemäß geachtet werden. Ich denke an Menschen mit Be-hinderungen, deren Lebensrecht, vor allem, wenn sie ungeboren oder noch Kinder sind, in Frage gestellt wird. Wir sind gefordert in der Pflege von Alten und Kranken. Im Umgang mit den Schwächsten, dem ungeborenen, dem behinderten und dem alten Leben zeigt sich, ob wir ein „C“ im Namen tragen.

Es zeigt sich an all diesen Fragen, ob wir beseelt sind von einem reinen Nutzen- und Effizienzdenken, ob unsere Mentalität geprägt ist durch die Vermeidung allen Leidens. Oder ob wir unsere Freiheit als Kultur der Barmherzigkeit leben, auf Gott hören, ihm vertrauen und gehorchen. Manchmal sagen Volksvertreter zu Christen: „Das ist Politik, das geht euch nichts an. Kümmert euch um das Seelenheil und die Ewigkeit“. Umgekehrt sagen Christen: „Das ist eine Gewissensentscheidung“, und sie versäumen, sie zu begründen und um Verständnis zu werben.

Ein Wort, das klare Aussagen zum Verhältnis von Kirche und Staat, von Christen, Gesellschaft und Politik macht, steht im 22. Kapitel des Matthäusevangeliums.

Da gingen die Pharisäer hin und hielten Rat, wie sie ihn in seinen Worten fangen könnten; und sandten zu ihm ihre Jünger samt den Anhängern des Herodes. Die sprachen: Meister, wir wissen, dass du wahrhaftig bist und lehrst den Weg Gottes recht und fragst nach niemand; denn du achtest nicht das Ansehen der Menschen.

Darum sage uns, was meinst du: Ist‘s recht, dass man dem Kaiser Steuern zahlt oder nicht?

Als nun Jesus ihre Bosheit merkte, sprach er: Ihr Heuchler, was versucht ihr mich? Zeigt mir die Steuermünze! Und sie reichten ihm einen Silbergroschen.

Und er sprach zu ihnen: Wessen Bild und Aufschrift ist das?

Sie sprachen zu ihm: Des Kaisers. Da sprach er zu ihnen: So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!

Als sie das hörten, wunderten sie sich, ließen von ihm ab und gingen davon. (Matthäus 25,15-22)

Die Steuerfrage – hoch aktuell: Eine Falle wird Jesus gestellt. Ein Meisterstück der politischen Intrige. Da sind die Herodianer, Anhänger der Staatspartei. Sie paktieren mit den römischen Besatzern. Klar, dass sie sagen: Steuern muss man zahlen. Was die politischen Führer wollen, muss gemacht werden. Wenn Jesus ihnen Recht gibt, dann hat er es mit den jüdischen Anhängern verdorben. Da sind die anderen, die Pharisäer – beleidigt, weil die Römer im Land anderen Göttern huldigen, weil sie den Glauben Israels mit Füßen treten, weil sie die Juden mit Abgaben und Steuern auspressen bis aufs Blut.

Sie denken: Gott erlaubt es nicht, den Heiden Geld in den Rachen zu werfen. Stimmt Jesus ihnen zu, hängen sie ihn hin als Volksverhetzer. Ein klares Wort wird von Jesus erwartet – aber was immer er sagt, es wird gegen ihn verwendet werden. Ihre Fangfrage verpacken Herodianer und Pharisäer in schmeichelnde Worte. Es ist immer verdächtig, wenn Gegner einen anfangen zu loben. Da muss man sofort hellhörig werden. Es mag psychologisch raffiniert sein, wie Staatstreue und fromme Bedenkenträger hier mal Seite an Seite marschieren, um Gott selbst hereinzulegen.

Aber es funktioniert nicht. Es bringt auch nichts, wenn man heute, in unserer Zeit, eine falsche Alternative aufmacht zwischen kritikloser Anpassung an Staat und Gesellschaft und einem arroganten Rückzug in die Innerlichkeit. Mit

Machthabern zu paktieren ohne eigenes Profil zu zeigen ist genauso unchristlich, wie sich desinteressiert von den Problemen der Zeit und der Mitmenschen zu verabschieden. Unser reformatorischer Ahnherr Luther hat von zwei Reichen gesprochen, in denen wir leben. Das eine ist das Reich Christi, in dem Gott sein Regiment durch Wort und Sakrament führt.

Wir spüren etwas davon, wenn wir uns freuen können, wenn wir lieben und geliebt werden, wenn wir traurig sind und getröstet werden, wenn wir neue Kraft bekommen oder Mut, in Krisen weiterzumachen. Das andere ist das Reich der Welt, in dem Gott, wie Luther sagt, durch weltliche Herrschaft regiert. In diesem Reich, in Staat und Gesellschaft, sind wir mal mehr, mal weniger erfolgreich damit beschäftigt, möglichst vernünftig, sorgsam und respektvoll zu agieren. „Dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ – das klingt nach klarer Trennung zwischen hie Kirche, Glaube und da Welt, Politik.

Aber das ist ein gigantisches Missverständnis. Jesu Antwort und Luthers Unterscheidung sorgen zunächst einmal für klare Zuständigkeiten. Da gibt es einen Kaiser, gleich, ob man ihn mag oder nicht, da gibt es eine Kanzlerin oder einen Ministerpräsidenten, eine Bundes- und eine Staatsregierung. Es gibt Abgeordnete und Staatssekretäre, Landräte, Bürgermeister und Parteipolitiker. Diese haben ihre Aufgaben zu erfüllen, so gut sie es eben vermögen. Sie übernehmen Verantwortung. An sie wird Macht delegiert. Zunächst also werden Zuständigkeiten geklärt.

Jesus weist damit die Frage, ob man auch unangenehmen Bürgerpflichten nachkommen solle, als unsinnig zurück. Er lässt seine Kontrahenten Geld aus der Tasche ziehen. Was fragen sie nach dem Sinn einer Wirklichkeit, in der sie selbstverständlich leben? Sie haben Geld in der Tasche, sie benutzen es – was soll das Getue? Das Pathos des „Ich-habe-mit-dem-schmutzigen-Geschäft-von-Politik-und-Wirtschaft-nichts-zu-schaffen“ ist ein falsches, geheucheltes. Wir stecken alle mittendrin – wir verhalten uns immer politisch, auch wenn wir nicht wählen, auch wenn wir wegsehen und keinen Finger rühren.

Unterscheiden sollen wir, was Gott an Liebe und Versöhnung schenkt: Von der Welt mit ihren Sonnen- und Schattenseiten, in der wir mit unseren Gaben und Schwächen leben. Unterscheiden – aber nicht auseinander fallen lassen. Die zwei Reiche immer vor Augen haben – das ist so, als würde man mit beiden Beinen fest auf der Erde vergnügt zum Himmel schauen. Unser christlicher Glaube ist alltagstauglich. Schon deswegen, weil er Präsenz verlangt, Geistesgegenwart und Gewissensfreiheit, die eigene, christlich begründete Entscheidung zu treffen – in der Gewissensfreiheit eines Christenmenschen.

Die reformatorische Hochschätzung des Gewissens bewegt heute auch viele Menschen, die dem christlichen Glauben eher distanziert gegenüberstehen. Im Gewissen geht es um die Einheit und Ganzheit der Persönlichkeit – niemand kann sich in seinen Gewissensentscheidungen von anderen vertreten lassen oder die Verantwortung dafür abgeben. Das Bundesverfassungsgericht hat die Gewissensentscheidung als „ein unmittelbar eindeutiges Gebot unbedingten Sollens“ bezeichnet, „das den Charakter eines unabweisbaren, den Ernst eines die ganze Persönlichkeit ergreifenden sittlichen Gebots“ trägt.

Im Umgang mit den Schwächsten, dem ungeborenen, dem behinderten und dem alten Leben zeigt sich, ob wir ein „C“ im Namen tragen.

Individuelle Gewissensentscheidungen bedeuten keine Narrenfreiheit. Man kann nicht alles zu einer dramatischen Gewissensentscheidung machen. Und wenn es tatsächlich um Entscheidungen des eigenen Gewissens geht, bei denen ja immer auch das Wohl von Mitmenschen auf dem Spiel steht, müssen sie einsichtig gemacht, zumindest aber zur Diskussion gestellt werden. Umgekehrt kann man denen, die sich auf ihr Gewissen berufen, nicht einfach autoritär von oben herab kommen. Christen sind Staatsbürger und -bürgerinnen. Sie haben Recht und Pflicht, sich einzumischen.

Das lässt sich glasklar biblisch begründen. Soll man Steuern zahlen, fragen die Heuchler, obwohl sie das Geld längst in der Tasche haben und damit wirtschaften. Sie kriegen von Jesus eine Antwort, nach der sie nicht gefragt haben: „Gebt Gott, was Gottes ist.“ Es geht nicht um die Frage, taugt dieser Kaiser was, mögen wir diese Regierung, wie gefällt uns die Opposition, auch nicht um das Verhältnis Kirche – Staat, Christen – Politik. Jesus verändert den Blickwinkel. Gott geben, was

Pressemitteilung vom 14.1.2011

EU-Kommission offenbart Entfremdung von den christlich-abendländischen Wurzeln

Zum jetzt bekannt gewordenen Fall eines von der Kommission der Europäischen Union (EU) herausgegebenen Jugendkalenders, in dem die Angaben über die christlichen Feiertage fehlen, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel MdB:

„Es ist absolut unverständlich und zutiefst befremdlich, wie die EU-Kommission europaweit einen Jugendkalender publizieren konnte, in dem zwar die zahlreichen Feiertage anderer Religionen aufgeführt werden, ausgerechnet die christlichen aber völlig fehlen.

Denn gerade die christlichen Feste und Zeiten sind es, die unser gemeinsames kulturelles Selbstverständnis in Europa prägen und bis heute den Rhythmus unseres bürgerlichen Kalenderjahres mitbestimmen.

Dieser Vorfall offenbart eine weitere, erschreckende Entfremdung einer führenden europäischen Arbeitsebene von den eigenen christlich-abendländischen Wurzeln und eine unverantwortliche Ignoranz gegenüber der eigenen Kulturgeschichte sowie den identitätsstiftenden Wertetraditionen Europas.

Nur ein Europa, das sein eigenes religiöses und kulturelles Erbe achtet und bewahrt, und das gerade auch seine christlichen Quellen nicht verleugnet, kann eine Zukunft haben.“

ihm zusteht – das heißt, sich stets zu fragen, wie wir vor ihm dastehen, wie unser Umgang mit anderen ihm erscheint.

Jesus relativiert die Macht von Menschen, in dem er den weltlichen Herren und Damen Gott gegenüberstellt. Kaiser, Politiker, eine Regierung – sie sind Menschen, die menschlich und damit wie jeder von uns auch manchmal unmenschlich handeln. Von Staat und Politik kann nur Menschliches, nichts Überirdisches erwartet werden. Soviel Realismus muss sein. Dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, bedeutet: Loben und anerkennen, was gelingt. Anpacken, wo unsere Mitarbeit nötig ist. Wissen, dass Verantwortung übernehmen auch bedeutet, Fehler zu machen und schuldig zu werden.

Christen sind Staatsbürger und -bürgerinnen. Sie haben Recht und Pflicht, sich einzumischen.

Das „C“ haben wir in unserem Namen, wenn wir eine profilierte, werte- und verantwortungsbewusste Elite quer durch alle Gesellschaftsschichten bilden, wenn wir Augen und Ohren offen halten und einen wachen Verstand pflegen. Vor allem aber, indem wir den Zeitgenossen das Herz aufschließen – im doppelten Sinn: Das eigene für Fragen, Ängste, Sorgen und Träume der Mitmenschen und das ihre für die frohe Botschaft, die wir Christenmenschen zeitgemäß weiterzusagen haben.

Der Silbergroschen trägt das Bild des Kaisers, des damals führenden Politikers. Lebt damit, sagt Jesus, kommt euren Pflichten nach, esst, trinkt, handelt, zahlt Steuern. Aber habt Gott als Bild im Herzen, in der Seele und im Verstand. Kein Kaiser, kein Kanzler, keine Politik hat uns zu prägen, sich einzugraben in unser Innerstes. Was uns ausmacht und bestimmt, darüber hat Gott entschieden. Und wir entscheiden jeden Tag neu mit ihm, wer und was wir sind. Zu allen Zeiten dürfen wir uns darüber freuen, dass wir bei Gott geliebte Menschen sind – samt den Fehlern, die wir privat und gesellschaftlich machen, mit unseren weisen persönlichen und politischen Entscheidungen.

Das ist auch ein Anlass, sich immer wieder neu in die Verantwortung für das eigene Leben und das anderer wahrhaftig ‚hineinzustürzen‘. Es ist unsere Aufgabe und unsere Chance, geistlich und geistig in Bewegung zu bleiben. Wir selber und unsere Welt werden immer wieder erneuert. Das Schönste daran ist: Persönliche und gemeinsame Reformation ist möglich – das hat uns Gott verheißen.

Der Vortrag wurde auf der Tagung des EAK-Mittelfranken in Heilsbronn am 1. Mai 2010 gehalten.

Susanne Breit-Keßler
ist Regionalbischöfin, ständige Vertreterin des Bayerischen Landesbischofs sowie Superintendentin im Kirchenkreis München und Oberbayern

Der EAK auf dem 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden (1. – 5. Juni 2011)

Bereits jetzt vormerken:

Der **traditionelle Kirchentagsempfang des EAK** mit prominenten Vertretern aus Kirche und Politik
am Mittwoch, dem 1. Juni 2011, ab 20.30 Uhr,
im Lichthof der ENSO-Hauptniederlassung Dresden.

(Die Anmeldeinformationen erhalten Sie mit der nächsten Ausgabe 5+6|2011.)

Besuchen Sie auch unseren **Stand (E21)** auf dem „Markt der Möglichkeiten“ in der **Halle 4 West** auf dem Messegelände Dresden.

Wie sicher ist der Euro?

Dr. Ingo Friedrich

Angesichts der vielfältigen Nachrichten über Eurorettungsschirme, Bankenpleiten, Verschuldungen der europäischen Peripheriestaaten Griechenland, Portugal, Irland und die Einrichtung so genannter „Bad banks“ fragen sich viele Bürger wie es mit unserer gemeinsamen Währung Euro weitergeht. Zur Beantwortung dieser Frage sollten wir zwei Problemkreise unterscheiden und gesondert analysieren:

1. Die Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise nach Zusammenbrechen der Lehmann-Brothers-Bank in Amerika

Verursacht durch leichtfertige Hypothekenkredite in den USA, durch nicht regulierte Finanztransaktionen, Hedgefonds, Derivate sowie leichtfertige Bewertungen durch amerikanische Ratingagenturen wurde eine weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst, die sich derzeit ihrem Ende zuneigt und die Deutschland und China überdurchschnittlich gut überstanden haben, an deren Folgen aber viele andere Länder noch leiden.

In Europa hat diese Krise den Erlass einer Vielzahl neuer Gesetze, Regelungen und Einrichtungen neuer Behörden ausgelöst, die alle den Sinn haben, eine ähnliche Wirtschaftskrise zukünftig zu vermeiden. Wichtigste Beschlüsse sind unter anderem die Errichtung dreier neuer Europäischer Finanzagenturen, die die Bereiche Versicherungen (EIOPA mit Sitz in Frankfurt), Aktien und Wertpapiere (ESMA mit Sitz in Paris), sowie Banken (EBA mit Sitz in London) konkret und intensiv überwachen und kontrollieren sollen. Hinzu kommt ein Maßnahmebündel von sechs großen EU-Gesetzeswerken, die das Finanz- und Bankenfinanzsystem insgesamt sicherer machen sollen. Des Weiteren gehören zu diesem Gesamtsystem auch die Vereinbarungen von Basel I, Basel II und Basel III. So soll z.B. bei Basel III die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Banken und bei Basel II die genaue Beurteilung der Kreditnehmer gesichert werden, um zukünftig Bankenpleiten zu verhindern.

Insgesamt kann zu diesem Aspekt gesagt werden, dass die europäische und internationale Politik (z. B. in der G8- und der G20-Runde) dabei ist, diese Krise finanztechnisch und gesetzgeberisch zu bewältigen und damit auch hinter sich zu lassen. Als Ergebnis kann festgestellt werden, dass die auslaufende Wirtschaftskrise für den Euro keine Gefahr mehr darstellt.

2. Die Verschuldungskrise der EU-Staaten

Die Verschuldung fast aller EU-Staaten – auch Deutschlands – ist zu hoch. Ein kleiner Lichtblick besteht darin, dass die Europäische Union

selber keine Schulden hat und auch keine machen darf. Hohe Staatschulden führen zu einer hohen Zinslast, was gerade die gefährdeten Staaten schon jetzt zu spüren bekommen.

Gerade die „klammen“ Peripheriestaaten, also insbesondere Griechenland, Portugal, Spanien und Irland, müssen jetzt schon deutlich höhere Zinsen für staatliche Anleihen aufbringen, weil die Finanzmärkte ihre Bonität anzweifeln. Insgesamt herrscht derzeit ein vergleichsweise noch sehr niedriges Zinsniveau, das bei einer „Normalisierung“ eine deutlich höhere Zinsbelastung befürchten lässt.

Aus diesen Gründen ist eine Reduzierung der Staatsschulden für alle Staaten höchstes Gebot der Stunde. Dies bedeutet harte Einschnitte und leider auch unvermeidliche soziale Härten. Streiks und Proteste der betroffenen Bürger sind zu erwarten. Ziel des von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagenen Wettbewerbspaktes für Europa ist es deshalb, die Wettbewerbsfähigkeit aller EU-Staaten zu verbessern, um über ein höheres Wachstum und nicht nur über Einschnitte eine Verbesserung der Finanzlage der EU-Staaten zu erreichen. Manche Zahlen aus Griechenland und Portugal weisen darauf hin, dass sich die Leistungsbilanzdefizite dieser Staaten bereits reduziert haben. Wenn die Planungen positiv erfüllt werden würden, müssten die Staaten die angebotenen Hilfen des kürzlich vergrößerten Rettungsschirmes nur zeitweise in Anspruch nehmen, um dann wieder ohne Hilfen auszukommen.

Eine Reduzierung der Staatsschulden ist für alle Staaten höchstes Gebot der Stunde.

Bei einer Worstcase-Analyse, also der Annahme der schlimmstenfalls möglichen Entwicklung, könnte es sein, dass zwei Verläufe auftreten könnten, die uns allen nicht gefallen würden: Bei zu intensiver Inanspruchnahme des Rettungsschirms und einer dadurch bewirkten expansiven Geldvermehrung durch die Zentralbanken könnte in den nächsten Jahren eine höhere Inflationsrate als bisher die Folge sein. Ein zweiter Aspekt der Worstcase-Analyse könnte darin bestehen, dass der eine oder andere Staat seine Schulden nicht mehr bedienen kann und dann eine Stundung von Zins und Tilgung beantragen müsste. Dieser Aspekt könnte dazu führen, dass ein Teil der in diesen Staaten angelegten Gelder nicht mehr vollständig zurückgezahlt werden kann und dies führt naturgemäß zu Verlusten bei den Anlegern.

Fazit für den Bereich Verschuldung: Auch dadurch wird der Bestand des Euro nicht gefährdet, aber die bisherige hervorragende Entwicklung von sehr niedriger Inflationsrate mit absoluter Sicherheit aller Staatstitel würde in dieser Form nicht weiter Normalität sein. Natürlich muss die deutsche und europäische Politik alles unternehmen, damit dieser Worstcasefall nicht eintritt und die bisherige Stabilität beibehalten werden kann.

3. Der Bestand des Euro ist nicht gefährdet.

Aus obiger Analyse ergibt sich, dass die Währung Euro auch in den nächsten Jahrzehnten Bestand haben wird. Auch der Dollar hat in seiner 250-jährigen Geschichte viele Krisen und Schwankungen erfahren, ohne dass er von der Bildfläche verschwunden ist. So wird sich der Euro auch langfristig als eine der drei wichtigsten Währungen der Welt behaupten.

Auch der neue große Partner China ist an einer stabilen Entwicklung des Weltwährungssystems aus ureigenen Gründen (Exportweltmeister) interessiert. Nicht völlig ausgeschlossen werden kann, dass die seit Ende des Zweiten Weltkrieges erreichte überdurchschnittliche Stabilität von sehr niedrigen Inflationsraten und absoluter Sicherheit von Staatsanleihen in dieser außerordentlich positiven Form nicht permanent beibehalten werden kann. Eine galoppierende Inflation wie wir sie in Deutschland schon zweimal erleben mussten, kann bei nüchterner Analyse aller Fakten ausgeschlossen werden. In diesem Sinne ist der Euro auch in Zukunft eine sichere Währung.

Dr. Ingo Friedrich
ist stellv. EAK-Bundesvorsitzender, Präsident des europäischen Wirtschaftssenats und stellv. CSU-Parteivorsitzender

Jetzt schon vormerken:

EAK
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

60-jähriges Jubiläum

des EAK der CDU/CSU am Samstagvormittag, dem **17. März 2012,** im Rahmen eines Festaktes mit anschließendem Empfang in Siegen.

Veranstaltungsort: Siegerlandhalle, Koblenzer Str. 151, 57072 Siegen

Nähere Informationen hierzu erhalten Sie zeitnah in der Evangelischen Verantwortung.

Muss der Staat blind für Bekenntnisse jedweder Art sein?

Eine Erwiderung

Bundesjustizministerin **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB** hat sich jüngst (F.A.Z. vom 10.02.2011, Seite 8) in die Reihe derjenigen gestellt, die eine jüdisch-christliche Tradition des Abendlandes leugnen. Nach ihrer Auffassung ist Europa allenfalls von sehr verschiedenen Bekenntnissen und Kirchen des Christentums und des jüdischen Glaubens geprägt, aber auch vom islamischen Erbe, auf das die Ausbreitung des Vernunftdenkens, vermittelt durch die griechischen Klassiker, zurückgehe. Daher gründe sich die deutsche Gesellschaft im Jahr 2011 auf keine bestimmte Konfession und keine ausgewählte Gruppe von Konfessionen. Die Basis bilde allein das Grundgesetz. Somit müssten der Staat und die Politiker blind für Bekenntnisse jedweder Art sein.

Es schadet weder dem Staat noch der Gesellschaft, wenn Menschen an einen Gott glauben, der gebietet: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“.

Bei allem was einen als Christ an diesen Ausführungen stört, verdient ein positiver Aspekt Beachtung: Der neutrale Staat soll auch nach Ansicht der Ministerin den Religionen und Weltanschauungen Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Er darf also, wenn auch an den Gleichheitssatz gebunden, Religionen und Weltanschauungen wohlwollend und fördernd gegenüber stehen. Dennoch glüht ein Funken des neuen – laizistischen – Neutralitätsverständnisses und man muss aufpassen, dass dieser Funken nicht ein Feuer entfacht, dass sich nicht mehr löschen lässt. Frau Leutheusser-Schnarrenberger spricht von öffentlicher Blindheit gegenüber denjenigen, die Bekenntnisse haben und denjenigen, die „bekenntnisfrei“ leben. Indem sie selbst von „Bekenntnisfreiheit“ spricht, zeigt sie, dass sie dieser den Vorzug gibt. Denn von der Freiheit von einem Bekenntnis kann man nur sprechen, wenn man die Zugehörigkeit zu einem Bekenntnis als etwas Unfreies, Zwanghaftes ansieht. Die Blindheit erweist sich bei einem solchen Vorverständnis dann aber als Bekenntnis zur Bekenntnisfreiheit.

Darin liegt eine Gefahr für unser pluralistisches Gemeinwesen, von der Bedrohung des christlichen Menschenbildes ganz zu schweigen. Wenn Politiker zur „Bekenntnisfreiheit“ verpflichtet werden und nicht mehr zu ihrem Glauben stehen dürfen – **Altbundespräsident Horst Köhler** hat dies beispielhaft getan – wächst die Gefahr einer Meinungsbildung unter dem Deckmantel der Neutralität. Das gilt vor allem für den schulischen Bereich, wo Kinder der Beeinflussung durch Lehrer ausgesetzt sind. Wissen Eltern und Schüler nicht, wo ein Lehrer steht, so werden die Kinder geprägt, ohne sich dessen gewahr zu werden. Wissen sie, dass ihr Lehrer Christ (selten) oder gar Christdemokrat (noch seltener) ist, dann können sie seine Überzeugung einordnen und übernehmen sie nicht blind. Sie sehen auch, wie ein Christ lebt und handelt und können sich danach ausrichten oder auch nicht. Die stupide Verbannung religiöser Symbole und Bekenntnisse aus dem öffentlichen Raum trägt damit nicht zur Entfaltung von Religionen und Weltanschauungen bei.

Davon abgesehen ist die Behauptung nicht haltbar, die Herleitung der jüdisch-christlichen Tradition des Abendlandes sei unhistorisch. Jesus war Jude. Die Lehre Jesu ist eine Auslegung der alten Schriften. Was das Christentum aus dem Judentum, aus den fünf Büchern Mose, überliefert hat, prägt Deutschland und Europa. Es mag sein, dass sich Inhalte des Dekalogs oder anderer Gebote auch andernorts finden lassen. Überliefert und gepredigt wurde über Jahrhunderte das, was Gott am Sinai geboten hat. Es findet sich in unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung wieder. Auch heute richten sich die meisten Menschen in diesem Land danach: Das Tötungsverbot wird geachtet und sogar auf den Staat erstreckt. Die meisten Ehen werden nicht geschieden. Väter und Mütter werden geehrt und gepflegt. Lüge, Gier und Diebstahl werden als unanständig angesehen und das, obwohl zum Teil keine Strafdrohung existiert. Allein das Gewissen entscheidet, geprägt von einem christlichen Umfeld.

Wir haben gesehen, wohin es führt, wenn die religiöse Prägung eines Volkes gelöscht wird. Dies geschah im Nationalsozialismus, der den Führerglauben an die Stelle des Gottesglaubens stellte. Dies geschah im Sozialismus, der den Glauben an den neuen Menschen verbreitete. Beide Ideologien haben uns nicht gut getan und unsägliches Leid gebracht. Doch beiden und auch anderen Weltanschauungen ist gemein, dass der Mensch sich nicht vor einem Höheren verantworten muss. Muss er dies nicht mehr, so ist er in allem frei – in der Demokratie jedenfalls, wenn er genügend andere überzeugt.

Dann können auch Grundrechtsinhalte plötzlich anders verstanden werden. So kann es kommen, dass heute einem behinderten oder alten Menschen Würde zukommt, morgen vielleicht nicht mehr. Welche Basis bietet das Recht dann noch?

Mit anderen Worten: Es schadet weder dem Staat noch der Gesellschaft, wenn Menschen an einen Gott glauben. Es schadet noch weniger, wenn sie an einen Gott glauben, der gebietet: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ oder „Liebe Deinen Nächsten, denn er ist wie Du“. Sollte der Staat demgegenüber wirklich blind sein?

Dr. iur. Winfried Klein,
Vorsitzender des EAK Heidelberg

Einladung zur 48. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 13. Mai 2011 in Berlin

Thema:

„Unsere Schöpfungsverantwortung – Orientierungen für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik“

Freitag, 13. Mai 2011

13.00 Uhr **Eröffnung im Foyer der CDU-Bundesgeschäftsstelle**

Grußworte:

Dr. Markus Dröge,
Landesbischof der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Frank Henkel MdA, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der CDU Berlin für das Amt des Oberbürgermeisters

Hans-Georg von der Marwitz MdB,
Ländervorsitzender des EAK Berlin-Brandenburg

im Anschluss **Rede** des EAK-Bundesvorsitzenden und Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF),
Thomas Rachel MdB

Bundesarbeitskreissitzung mit Neuwahlen des EAK-Bundesvorstandes

15.30 Uhr – 16.00 Uhr **Kaffeepause**

16.00 Uhr – 17.00 Uhr

Rede der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands,
Dr. Angela Merkel MdB

17.00 Uhr – 18.00 Uhr

Vortrag des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
Dr. Norbert Röttgen MdB

18.00 Uhr – 19.15 Uhr

Abendessen

19.15 Uhr – 21.00 Uhr

Theologisches Abendgespräch:
„Dass er ihn bebaute und bewahrte (1 Mos 2,15)“ – Unsere christliche Verantwortung in der ökologischen Krise

Prof. Dr. Jürgen Moltmann (em.),
Systematischer Theologe

Tanja Gönner,
Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg

Dr. Rolf Martin Schmitz,
Mitglied im Vorstand der RWE-AG

Pastor Dr. Thomas Schaack,
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (AGU)

Prof. Dr. Jürgen Augustin,
Institutsleiter für Landschaftsstoffdynamik am Leibnitz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung

Moderation:
Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach,
Beisitzer im EAK-Bundesvorstand

ab ca. 21.00 Uhr

Abendempfang

(Änderungen vorbehalten)

Anforderung der Anmeldeunterlagen auf der nächsten Seite

Antwort

zur Verwendung im Fensterumschlag oder als Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefax: 030/220 70-436

E-Mail: eak@cdu.de
www.eak-cducsu.de

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Bitte senden Sie mir die Unterlagen für meine Anmeldung zur 48. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 13. Mai 2011 in Berlin zu.

Name _____ Vorname _____

Straße _____ Postleitzahl, Ort _____

Telefon/-fax _____ E-Mail _____

Anmeldeschluss ist der 2. Mai 2011.

Die Anmeldeunterlagen können Sie auch telefonisch unter 030 22070-432 bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern. Diese senden wir Ihnen unmittelbar nach der Druckfertigstellung per Post zu.

Ökumenische Arbeitsgemeinschaft sozialethhischer Institute (Hrsg.),
Wem gehört die ‚Soziale Marktwirtschaft'? Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel
Online-Publikation 2010, www.ethik-und-gesellschaft.de, Rubrik: Archiv

Im Jahr 1994 gaben Günter Brakelmann und Traugott Jähnichen den Quellenband „Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft" heraus. In ihrer Einleitung schrieben sie: „Das Konzept 'Soziale Marktwirtschaft' ist in wesentlichen Zügen von den sozialethischen Traditionen des Protestantismus mitbestimmt. Für die unmittelbare Nachkriegszeit lässt sich diese These sogar dahingehend zuspitzen, dass eine direkte Verbindungslinie zwischen der sozialethischen Diskussion des Protestantismus und der Begründung des Konzepts 'Soziale Marktwirtschaft' besteht. Im Unterschied zur sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Forderung nach einer gelenkten Wirtschaft und dem im sozialen Katholizismus mehrheitlich propagierten 'christlichen Sozialismus' einerseits und im Unterschied zur von den liberalen Parteien geforderten freien Marktwirtschaft andererseits sind es vor allem in der Tradition des sozialen Protestantismus stehende Theoretiker, die eine neue Synthese sozialer Verantwortung und marktwirtschaftlicher Effizienz anstreben."

16 Jahre später – 2010 – erschien als **Online-Publikation** der Sammelband **„Wem gehört die ‚Soziale Marktwirtschaft'? Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel"**

Diese Publikation der „Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft sozialethischer Institute" (ÖASI) ruft in Erinnerung, dass „Soziale Marktwirtschaft" niemals ein geschlossenes Modell war. Aus der Fülle der lesenswerten Beiträge markieren drei Artikel den breiten Bogen der unterschiedlichen Antwortangebote:

- Traugott Jähnichen, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Ruhr-Universität Bochum, betont, dass die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft „in bewusster Reflexion ihres protestantischen Hintergrundes großen Wert" darauf gelegt hätten, „dass es sich nicht um eine konfessionell einseitig festgelegte Konzeption handelt, gleichwohl haben sie deren normative Grundlagen und deren Anschlussfähigkeit für eine bewusst christliche Lebensführung betont." Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft sei eine Wirtschaftsordnung, die „an die Moral der Menschen zwar nicht geringe, aber erfüllbare Anforderungen stellt" (von Dietze).

- Nach Philip Manow entzündete sich ein Konflikt im Jahr 1957 zwischen einem „katholischen Flügel der CDU und einem protestantischen, atlantischen und dabei hochgradig sozialstaatskritischen Flügel, wie er von Erhard repräsentiert wurde." Während in der Rentenreform, also in der Ausweitung des Sozialstaates, der katholische Flügel seinen Teil erhalten habe, sei bei der Durchsetzung der Römischen Verträge die ordoliberale Fraktion durchaus erfolgreicher gewesen, so der Professor für Moderne Politische Theorie am Institut für Politische Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Manow entwickelt die These von der „Sozialen Marktwirtschaft als interkonfessionellen Kompromiss", unter dessen Dach diese unterschiedlichen Positionen zusammengeführt wurden. Möglich sei dies gewesen, weil sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft scharf abgrenze von den liberalen Marktwirtschaften angelsächsischer Prägung. Er spricht von einem „antiliberalen Grundzug des Ordoliberalismus".

- Bernhard Emunds berichtet in seinem Beitrag „Ungewollte Vaterschaft. Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft" von einem Treffen im Jahre 1963, das zwischen führenden Vertretern des Ordoliberalismus und der deutschensprachigen Katholischen Soziallehre in einem Augsburger Hotel stattgefunden habe: „Schon die Tatsache, dass das Gespräch in einem Hotel stattfand und z. B. nicht in einer der Katholischen Akademien, die eigens für solche Dialoge unterhalten werden, belegt die Einschätzung eines der Beteiligten, dass das Treffen ‚von katholischer Seite ... als recht heikel empfunden' wurde." Zwei Gründe führt der Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen dafür an: Zum einen wurde aus katholischer Sicht der Ordoliberalismus „vor allem als eine weitere Spielart des Liberalismus wahrgenommen, gegen den man genauso zu sein hatte wie gegen den Sozialismus." Und: „Der zweite Grund, warum sich die katholischen Sozialethiker in den 1950er Jahren nicht für die Soziale Marktwirtschaft begeisterten, war, dass sie einen eignen Entwurf für die Wirtschaftsordnung hatten, die sie verwirklichen wollten: die Berufsständische Ordnung." Er weist auch auf die Binnendifferenzierungen innerhalb der Ansätze zu der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft hin: Die Kölner Linie betone die Notwendigkeit des sozialstaatlichen Ausgleiches, während die Freiburger Linie mehr auf den Wettbewerb setze.

Die Eigentumsfrage wird also unterschiedlich beantwortet. Wer nicht über seine Herkunft Bescheid weiß, findet keine guten Wege für die Zukunft. Deshalb ist die Eigentumsfrage so wichtig, für deren Beantwortung diese Aufsatzsammlung hervorragende Angebote bietet. Sie ist eine Pflichtlektüre, für alle, die sich zur Sozialen Marktwirtschaft grundlegend äußern wollen.

Für die aktuelle Standortbestimmung mag er zu einer weiteren Frage hinführen: Wie geschichtsvergessen ist die These, nach der heute durch einen vermuteten Linksruck von protestantischer Seite („Sozialdemokratisierung der CDU") ein Verrat dessen stattfände, was den Kern der CDU in ihrer Gründungszeit ausgemacht habe?

(Dr. Michael Franz, EAK-Bundesvorstandsmitglied)

Empfehlung ★★★★★

Jahrestagung des EAK Thüringen

Zu Kulturnation, Nationalkultur und Integration

Prof. Dr. Jens Goebel

Am 13. November 2010 fand im Thüringer Landtag in Erfurt die Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen statt. Die Teilnehmer befassten sich mit dem Spannungsfeld von Kulturnation, Nationalkultur und Integration sowie mit dem Verhältnis von Protestantismus und Nation im sich wandelnden deutschen Nationalstaat.

Der Stellvertretende Präses der Synode der EKD, **Ministerpräsident a.D. Dr. Günther Beckstein** forderte die Kirchen auf, „sich mit Lust und Leidenschaft" des Themas Integration anzunehmen. „Menschen in Deutschland und in die Gesellschaft zu integrieren, heißt immer auch sie in ein massiv von katholischer und evangelischer Kirche geprägtes Wertegeflecht zu integrieren. Integration ist immer ein Plädoyer für christliche Werte und daher Christenpflicht." Der **EAK-Landesvorsitzende, Prof. Dr. Jens Goebel**, betonte: „Im immer heterogeneren Integrationsland Deutschland mit seinem wachsenden Integrationsbedarf stehen Grundkoordinaten unseres Zusammenlebens auf dem Prüfstand, müssen neu begründet oder modifiziert werden. In Deutschland leben rund 3,5 Mio. Muslime. Vor diesem Hintergrund kommt den christlichen Kirchen eine wichtige Rolle zu, denn diese haben ein großes integratives Potenzial."

Grundlage des Zusammenlebens sei unsere Verfassungswirklichkeit, so Beckstein weiter. Jeder der nach Deutschland komme, habe die Pflicht, sich in seinem neuen Heimatland zu integrieren. Dazu sei es Grundvoraussetzung, möglichst schnell und gut deutsch zu lernen. „Jeder Zuwanderer hat die demokratische Ordnung der Bundesrepublik zu respektieren und damit auch die im Grundgesetz verankerten Grundrechte. Die Kultur, die das Gastland über Jahrhunderte hinweg geprägt hat, muss als Grundlagenkultur und als Leitkultur des öffentlichen und teilweise auch privaten Handelns akzeptiert werden – ohne dass damit die Forderung nach einer völligen Assimilation verbunden wäre." Entscheidender Gradmesser sei, dass keine Parallelgesellschaften entstünden. „Wer auf die Ausbildung solcher Parallelgesellschaften abzielt, der hat nichts zu suchen in unpserem Land", so Beckstein.

Der **EAK-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel MdB** bezeichnete das Buch von Thilo Sarazin als nicht hilfreich in der notwendigen Debatte. „Die Thesen, die dort vertreten werden, sind mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar." Allerdings sei Multikulti gescheitert. Integrationspolitik müsse sich vielmehr auf das Grundgesetz und auf die gemeinsamen kulturellen Werte beziehen. Deutschland sei ein Integrationsland. Dabei müsse die Grundidee des Dialogs der Religionen – Klarheit und gute Nachbarschaft – stärker als bisher beachtet werden, so Rachel. Er kündigte an, dass die Bundesregierung Islamische Theologie an den Universitäten verstärkt unterstützen und fördern werde.

Neben Günther Beckstein, und Thomas Rachel MdB, nahmen der Tübinger Historiker **Prof. Dr. Dieter Langewiesche**, der Theologe **Dr. Ehrhart Neubert**, der Generalsekretär der CDU Thüringen, **Dr. Mario Voigt MdL**, und der letzte Bundesvorsitzende der Schüler Union, **Younes Ouaqasse**, an der Jahrestagung teil.

Neuer Vorstand des EAK Sachsen-Anhalt

Jürgen Scharf MdL (s. Bild links) heißt der alte und neue Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Sachsen-Anhalt. Scharf, der zugleich CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt ist, wurde auf der Mitgliedervollversammlung des EAK auf Schloss Wendgräben bei Magdeburg für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Als seine Stellvertreter wurden **Prof. Dr. Wolfgang Merbach** (Meuschau) und **Jürgen Gerlach** (Falkenstein/Harz) gewählt. Als Schriftführer wurde **Holm Dietze**, als Beisitzer **Frank P. Dietrich, Dr. Uwe Heuck, Karsten Knolle, Karl-Martin Kuntze, Pfr. Bernhard Ritter, Jonathan Rumpold, Alexander Hannemann** und **Wolfgang Löw** gewählt.

In seinem Rechenschaftsbericht betonte Scharf die Bedeutung des EAK Sachsen-Anhalt als Forum für ethische und lebensweltliche Fragestellungen in der CDU und als Dialogpartner für evangelische Kirchen und Freikirchen. Er erinnerte an die Debatte über eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die immer wieder mit recht vordergründigen

Argumenten einer angeblich größeren Freiheit, die die Bürger wünschten, aufflackert. Feiertage sind das Tafelsilber einer Gesellschaft, das nicht leichtfertig versetzt werden dürfe, erinnerte Scharf. „Eine Gesellschaft, die sich eines in der Tradition herausgebildeten Jahreskreises nicht mehr bewusst sein will, wird auch Schwierigkeiten haben, einen Weg in eine lebenswerte Zukunft zu finden.“, bilanzierte der EAK-Landesvorsitzende das Engagement des EAK.

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung hatten sich u.a. Vertreter des EAK Sachsen-Anhalt am Wochenende auf Schloss Wendgräben in einer Tagung unter dem Titel „Mission und Toleranz“ mit christlichen Werten in der Politik beschäftigt.

Meditation

Ostern 2011

„Als sie aber davon redeten, trat er selbst, Jesus, mitten unter sie und sprach: Friede sei mit Euch!“ (Lk 24,36)

Die Wünsche und Grüße unserer Alltagskorrespondenz und -kommunikation pflegen größtenteils auf bewährte Sprachspiele, Formen und Standards zurückzugreifen: So schreiben wir „Mit freundlichen Grüßen“ am Schluss eines Briefes oder wünschen „Alles Gute“. Wohl jeder von uns hat sich wohl schon einmal selbst dabei ertappt, dass solche Grußformeln im Grunde genommen immer drohen, zu bloßen Floskeln zu erstarren. Im Gerede und Geplapper unserer Tage erschrickt man dann beispielsweise schon einmal, wenn auf die beliebte Eingangsfrage „Wie geht´s?“ kein (erwartetes) „Danke, gut!“, sondern eine ehrliche, womöglich ungewohnte, ergreifende oder gar verstörende Antwort kommt.

Der österliche Friedensgruß des Auferstandenen löst auch zunächst großes Erschrecken bei den Jüngern, ja geradezu Furcht, aus. Dies ist ein durch Mark und Bein gehendes, zutiefst kreatürliches Erschrecken darüber, dass sich hier – ein für alle Mal – eine radikale Unterbrechung der irdischen Alltagsroutine ereignet hat. Und diese heilsame Erschütterung unserer oft so trügerischen menschlichen Sicherheiten reicht vom ersten Ostermorgen bis heute: Im Hier und Jetzt unserer abgestumpften Gewohnheiten und eingefahrenen Arrangements will uns der barmherzige Gott heilsam herausrufen und durch seinen lebensschaffenden Geist verändern und verwandeln. Sein österlicher Friede ist der Grund all unserer Hoffnung!

(Christian Meißner)

Impressum

Meinungen und Informationen
aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU
Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich,
Christine Lieberknecht, Dieter Hackler,
Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann
Redaktion Patricia Romanowsky, Simone Handt,
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E–Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de
Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren
Susanne Breit-Keßler
Büro der Regionalbischöfin und
Superintendentin im Kirchenkreis München
Katharina-von-Bora-Str. 11-13
80333 München

Dr. Ingo Friedrich
Bühringer Str. 12
91710 Gunzenhausen

Dr. iur. Winfried Klein
c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin

Dr. Michael Franz
c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin

Druck Druckerei Conrad
Gestaltungskonzeption/Realisation
Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis
Titel + S. 6 © Susanne Breit-Keßler; S. 3 © Marilyn Nieves-istockphoto.de; S. 6 © kirchentag.de; S. 7 © Zoran Kolundzija-istockphoto.de; S. 8 © Dr. Ingo Friedrich und EAK Bundesgeschäftsstelle; S. 9 © Dr. iur. Winfried Klein; S. 10 © bilder.cdu.de, © Dr. Markus Dröge, © Hans-Georg von der Marwitz MdB; Frank Henkel © Martin U.K. Lengemann, Thomas Rachel © Hr. Ossenbrink; S. 11 Angela Merkel © CDU/Laurence Chaperon, © Dr. Norbert Röttgen MdB, Prof. Dr. Jürgen Moltmann © epd-bild/Gerhard Bäuerle, © Tanja Gönner, © Dr. Rolf Martin Schmitz, Pastor Dr. Thomas Schaack © Sven Kriszio, © Prof. Dr. Jürgen Augustin, © Prof. Dr. Wolfgang Merbach; S. 12 © bilder.cdu.de; S. 14 © Prof. Dr. Jens Goebel und Jürgen Scharf; S. 15 © Michel Isola-istockphoto.de;

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten.Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Bitte unterstützen Sie die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises!

Gerade in den Zeiten eines schwindenden christlichen Glaubens- und Wertebewusstseins darf unsere evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen, sondern muss auch weiterhin klar und deutlich vernehmbar bleiben. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) setzt sich nun seit 59 Jahren dafür ein. Wir werden unsere politischen Ziele aber nur dann auch weiterhin erreichen können, wenn Sie uns dabei tatkräftig unterstützen und wenn wir gemeinsam genau wissen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen.

Stellvertretend für die Unionsparteien wird auch in diesem Jahr der Evangelische Arbeitskreis wieder zu seinem großen politischen Empfang anlässlich eines Kirchentages laden. In guter Tradition werden wir, dieses Mal in Dresden, den Austausch zwischen Vertretern aus Kirche, Politik und Gesellschaft fördern und festigen. Wir freuen uns auf hochrangige Gäste und spannende Diskussionen.

Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen. Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in der Osterzeit Kraft und Hoffnung, Friede und Freude erfahren von dem, der da ist und der da war und der da kommen wird.

Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.

Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

Evangelischer Arbeitskreis

Konto-Nr. des Empfängers: 266098300

Bankleitzahl: 10040000

bei (Kreditinstitut): Commerzbank Berlin

EUR

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – nach Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

Spende fuer EAK-Empfang

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Datum

Unterschrift

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Empfänger

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Konto-Nr. 266098300 bei 10040000

EUR

Kontoinhaber/Einzahler

(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)